

# Caritas

**„Wohnungslosigkeit muss mit allen Mitteln verhindert werden!“**

**Caritas Generalsekretärin Anna Parr bei der Pressekonferenz der Armutskonferenz zum Thema „Leistbares Wohnen“ am 15.10.2021 im Presseclub Concordia**

„Stellen Sie sich vor, Sie müssten entscheiden, ob Sie Ihr Geld für Miete, Heizung oder Lebensmittel ausgeben. Viele Menschen, die in die Sozialberatungsstellen und Familienzentren der Caritas in ganz Österreich kommen, stehen tagtäglich genau vor dieser Entscheidung“, sagt Anna Parr, Generalsekretärin der Caritas Österreich einleitend bei der Pressekonferenz der Armutskonferenz.

Gerade beim Thema Wohnen zeigt sich in den 56 Caritas Sozialberatungsstellen in ganz Österreich aktuell ein alarmierendes Bild: Die Höhe der Mietkostenrückstände steigt. Denn die gestundeten Rückstände sind jetzt fällig – d.h. häufig drei bis vier Mieten auf einmal. Finanzielle Einbußen durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit oder schlecht bezahlte Jobs machen die Begleichung für viele unmöglich. Zusätzlich sind hohe und immer höher werdende Energie- und Mietkosten, Abschaltandrohungen und fehlende leistbare Wohnmöglichkeiten Probleme, die viele Klient\*innen in den Sozialberatungen beschäftigen. Beispielsweise haben in der Steiermark noch nie so viele Menschen bei der Caritas-Wohnungssicherung um Hilfe gebeten, wie aktuell. Und auch österreichweit haben 2020 45 Prozent der Klient\*innen in den Caritas Sozialberatungsstellen Beratung zum Thema Wohnen & Energie in Anspruch genommen.

Parr: „Wie und wo man wohnt stellt besonders für armutsbetroffene und armutsgefährdete Menschen eine Herausforderung dar. Sie geben verhältnismäßig viel für Wohnen aus, während sie gleichzeitig oft mit schlechten Wohnverhältnissen zu kämpfen haben. Mindestsicherungsbezieher\*innen können fünf Mal öfter ihre Wohnung nicht adäquat beheizen. Und die hohen Betriebskosten- und Jahresstromabrechnungen durch mehr Zeit zu Hause belasten zusätzlich.“

Für Parr ist klar, dass zunehmende Wohnungslosigkeit mit allen Mitteln verhindert werden muss: „Jetzt muss es in erster Linie darum gehen, bei den Mietkostenrückständen zu unterstützen und Delogierungen in jedem Fall zu verhindern. Das ist auch aus gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Perspektive sinnvoll: Wenn Mietrückstände von 2.500 Euro beglichen werden, spart das laut Arbeiterkammer Folgekosten von 30.900 Euro.“ Die Ankündigung des Sozialministeriums, 24 Millionen Euro für Wohnungssicherung zur Verfügung zu stellen, begrüßt die Generalsekretärin daher. „Unterstützungsleistungen müssen weiter ausgebaut werden und langfristig braucht es Maßnahmen, um Wohnen leistbar zu gestalten.“

Daneben brauche es eine Korrektur der Sozialhilfe Neu – insbesondere einheitliche und bedarfsorientierte Kinderrichtsätze. Und eine Arbeitsmarktreform sowie eine Reform des Arbeitslosengeldes die mit einer ausreichenden Nettoersatzrate sicherstellt, dass Menschen trotz Jobverlusts ausreichend Geld für Lebensmittel, Heizen und anfallende Mieten haben. „Einen Sozialstaat, der Menschen nicht zurücklässt, sondern vor allem in schwierigen Lebenslagen unterstützt eben“, so Parr abschließend. „Wir können uns diesen funktionierenden Sozialstaat leisten. Was wir uns nicht leisten können, ist ohne ihn zu sein.“